

Einwilligung gemäß Art. 7 EU-Datenschutz-Grundverordnung



Name, Vorname

Geburtsdatum

Anschrift

Ich erkläre, dass meine Daten vom Landkreis Havelland (Amt für Ausländerangelegenheiten) zur Aufgabenerfüllung meines Anliegens unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) erhoben, verarbeitet und genutzt werden dürfen.

Meine Einwilligung in die Datenverarbeitung erfolgt auf freiwilliger Basis. Mir ist bekannt, dass ich die Einwilligung in die Datenverarbeitung verweigern kann und mir dadurch keine rechtlichen Nachteile entstehen. Ferner habe ich das Recht meine Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht berührt.

Mit meiner Unterschrift willige ich ausdrücklich in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten zu den genannten Zwecken ein. Die Informationsblätter Allgemeine und Ergänzende Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landkreis Havelland wurden mir ausgehändigt.

Ort / Datum

Unterschrift der / des Betroffene /n / gesetzlichen Vertreterin / Vertreters

Allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landkreis Havelland

gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die vorliegende allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten gibt Auskunft über die informationspflichtigen Angaben, die für alle Verarbeitungstätigkeiten der Verantwortlichen zutreffend sind. Sie gilt für spezifische Verarbeitungstätigkeiten in Verbindung mit den jeweiligen ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit, insb. zu den Punkten 1.2, 2 bis 8 dieser Information.

1 Kontaktdaten

1.1 Verantwortliche

Verantwortliche für die Datenverarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist der

Landkreis Havelland
Der Landrat
Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow
Telefon: (03385) 551-0
E-Mail: landkreis@havelland.de

1.2 Bestimmte Stelle

Zweckmäßigerweise werden personenbezogene Daten durch eine bestimmte Stelle innerhalb der Behörde, der eine Aufgabe zugewiesen ist, verarbeitet. Die Kontaktdaten der bestimmten Stelle sind der jeweils zutreffenden ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit zu entnehmen.

1.3 Datenschutzbeauftragter

Die Verantwortliche hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n gemäß Art. 37 DSGVO benannt:

Datenschutzbeauftragte/r des Landkreises Havelland
Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow
Telefon: (03385) 551-1295
E-Mail: datenschutz@havelland.de

2 Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Der Zweck, einschließlich der jeweiligen Rechtsgrundlage, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden, ergibt sich aus der ergänzenden Information oder dem Verzeichnis (Art. 30 DSGVO) zur Verarbeitungstätigkeit bei den Stellen nach Pkt. 1.2 bzw. 1.3. Sofern die Verantwortliche Daten zu einem anderen als dem ursprünglich angegebenen Zweck verarbeiten möchte, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 13 (3) DSGVO informiert.

3 Erhebung von Daten bei Dritten

Grundsätzlich erhebt die Verantwortliche personenbezogene Daten bei der betroffenen Person. Erhebt die Verantwortliche ausnahmsweise Daten bei Dritten, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 14 DSGVO einschließlich der Quellenangabe informiert.

4 Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Ob besondere Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten für die betroffene Person bestehen und die Folgen der Nichtbereitstellung sind der ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit zu entnehmen.

5 Datenübermittlungen

Die Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person. Übermittlungen personenbezogener Daten sowie die Empfänger/innen oder deren Kategorien einschließlich Angaben zu Übermittlungen an Drittländer sind der ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit zu entnehmen.

6 Speicherfristen

Die Verantwortliche wird personenbezogene Daten nur so lange speichern, wie dies für die Erreichung des unter Punkt 2 genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben. Erläuterungen können der ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit entnommen werden.

7 Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, werden der betroffenen Person nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt, die (ausg. Punkt 7.5) zweckmäßigerweise bei der unter Punkt 1.2 oder, sofern diese nicht bekannt ist, bei der unter Punkt 1.3 benannten Stelle geltend zu machen sind.

7.1 Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

Jede betroffene Person hat

- neben dieser allgemeinen und der ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit nach Art. 15 DSGVO einen individuellen **Auskunftsanspruch** über ihre durch die Verantwortliche verarbeiteten personenbezogenen Daten, insb. über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 7 dieser allg. Information,
- nach Art. 16 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen die **Berichtigung** von unrichtigen oder die **Ergänzung** von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,
- den Anspruch, die Verantwortliche zur **Löschung** der betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO aufzufordern und
- unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, die **Einschränkung** der Datenverarbeitung zu fordern.

7.2 Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 (1) Buchstabe e DSGVO widersprechen, sofern die Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann.

7.3 Datenübertragbarkeit

Erfolgt die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens auf Grundlage einer Einwilligung der betroffenen Person, so hat sie das Recht, die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu verlangen.

7.4 Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht und die Art und Weise, wie dieser erfolgen kann, informiert.

7.5 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechts bei nachfolgender Behörde zu beschweren:

Landesbeauftragte für den Datenschutz Brandenburg
Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow
Telefon: (033203) 356-0, Fax: (033203) 356-49
E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de,
Internet: www.lda.brandenburg.de

8 Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch die Verantwortliche eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt die Verantwortliche die betroffene Person darüber.

Ergänzende Information zur Verarbeitungstätigkeit: **Regelung des Aufenthaltes von Ausländern**

zur allgemeinen Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landkreis Havelland
gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landkreis Havelland wird hinsichtlich der konkreten Verarbeitungstätigkeit „Regelung des Aufenthaltes von Ausländern“ durch nachfolgende Informationen wie folgt ergänzt:

1 Kontaktdaten

1.2 Bestimmte Stelle

Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten durch die nachfolgend bestimmte Stelle innerhalb der Behörde verarbeitet:

Landkreis Havelland
Amt für Ausländerangelegenheiten/ 55.1 Ausländerbehörde
Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow
Telefon: 03385 551-0
E-Mail: landkreis@havelland.de

2 Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Die Daten werden zu nachfolgend benanntem Zweck verarbeitet:

Die Ausländerbehörde ist die für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen nach dem Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (AufenthG) und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen zuständige Stelle.

Die Rechtsgrundlage(n) zur Verarbeitungstätigkeit bildet:

Die Rechtsgrundlage zur Verarbeitungstätigkeit bildet Art. 6 Abs. 1 lit. c Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Datenschutzrechtliche Regelungen befinden sich im Abschnitt 4 des AufenthG (§§ 86 bis 91g). Der Aufenthalt von Unionsbürgern regelt sich nach dem Freizügigkeitsgesetz (FreizügG). Gemäß § 62 AufenthV führen die Ausländerbehörden zwei Dateien und der den Bezeichnungen „Ausländerdatei A“ und „Ausländerdatei B“. Der Datenumfang richtet sich nach § 63 ff AufenthV.

3 Erhebung von Daten bei Dritten

- Der Verantwortliche erhebt ausnahmsweise Daten bei folgenden Dritten (Information nach Art. 14 DSGVO):
Öffentliche Stellen: Auswärtiges Amt/Auslandsvertretungen, Zentrale Ausländerbehörde, Zoll, Bundesdruckerei, Meldebehörden, Polizei- und Sicherheitsbehörden, Arbeitsagentur, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörden

4 Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

- Es besteht keine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten.
- Die Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten ergibt sich aus folgenden Regelungen: § 60 Abs. 1 SGB I

Folge bei Nichtbereitstellung personenbezogener Daten: u.U. Versagen der Leistung wegen fehlender Mitwirkung gemäß § 66 SGB I

5 Datenübermittlungen

- Die Daten werden nicht an Dritte übermittelt.
- Die Daten werden an nachfolgende Dritte übermittelt: Ausländerbehörden, Meldebehörden, Auswärtiges Amt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesdruckerei, Polizei- und Sicherheitsbehörden, Arbeitsagentur, Internationale Organisation für Migration (IOM)
- Die Daten werden an Drittstaaten/internationale Organisationen übermittelt: Internationale Organisation für Migration (IOM)

Rechtsgrundlage(n) für die Übermittlung bildet/bilden: §§ 86 und 86a AufenthG, Abschnitt 2 der Aufenthaltsverordnung (AufenthV)

6 Speicherfristen

- Die Daten werden unverzüglich nach Zweckerfüllung (Punkt 2) gelöscht.
- Die Daten werden nach Ablauf einer gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gelöscht:

Die Löschfristen richten sich nach den jeweiligen erhobenen Daten. Die Löschfristen für Daten im Zusammenhang mit der Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität (§ 49 AufenthG) richten sich nach § 89 AufenthG – 10 Jahre. Datenabgleich mit den Meldebehörden (§ 90b AufenthG) – übermittelte Daten nur für den Abgleich, danach Rückgabe bzw. Vernichtung von Datenträgern oder Löschung der Abgleichdaten. Datenübermittlung im Visumsverfahren (§ 90c AufenthG) – 10 Jahre. Löschfristen für Ausländerdateien A und B richten sich nach § 68 AufenthV.